

Warum sollte es sie nichts angehen?

BERLINER STADTTEILMÜTTER BEGEBEN SICH MIT AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE AUF DIE SPUREN NATIONALSOZIALISTISCHER GESCHICHTE

Jutta Weduwen

An einem regnerischen Sommertag besuchte eine Gruppe Stadtteilmütter das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Sie beschäftigten sich dort mit der kontroversen Entstehungsgeschichte des Ortes und verbrachten lange Zeit in der Ausstellung, die Briefe, Tagebucheinträge und Berichte verfolgter Jüdinnen und Juden dokumentiert. Bei ihrem Gang durch das Stelenfeld zogen die Frauen viele verwunderte Blicke auf sich. Eine Gruppe, die äußerlich überwiegend als muslimisch erkenntlich ist, wird an diesem Ort eher nicht erwartet.

Spricht man von Migrantinnen und Migranten aus Neukölln und Kreuzberg, assoziieren viele Menschen zunächst bildungsunwillige Musliminnen, die an einer Integration in die deutsche Gesellschaft wenig Interesse haben. Man stilisiert ein Umfeld aus arbeitslosen Vätern, überforderten Müttern, kriminellen Söhnen und Töchtern, die zwangsverheiratet werden. Bildungspolitisch werden sie oft defizitär dargestellt. Sie seien nicht an Themen der deutschen Gesellschaft interessiert, traditionell verhaftet, unemanzipiert und tendenziell antisemitisch.

Wir haben in unseren Bildungsprogrammen andere Migrantinnen und Migranten kennen gelernt. In diesem Jahr führte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zum fünften Mal Seminarreihen mit Neuköllner und Kreuzberger Stadtteilmüttern zum Thema Nationalsozialismus durch. Die Stadtteilmütter sind Frauen mit Migrationshintergrund, die in einem sozialen Brennpunkt leben und von der Diakonie zu Familienberaterinnen ausgebildet werden. Sie traten mit dem Wunsch an uns heran, gemeinsame Seminare zum Thema Nationalsozialismus zu entwickeln. Dieser Initiative sind wir gerne nachgegangen und so entstand das Kooperationsprojekt »Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte«. Die Frauen wollten verstehen, wie der Nationalsozialismus als politisches und gesellschaftliches System funktionieren konnte, ob und wo es Kontinuitäten in der aktuellen deutschen Gesellschaft gibt und wo die Geschichte noch heute sichtbar und spürbar ist. Die Teilnehmerinnen der Seminarreihe hatten ein großes Interesse daran, sich generell mit den Mechanismen von Ausgrenzung, Verfolgung und Völkermord zu beschäftigen. Die meisten Frauen wussten wenig über den Holocaust, da das Thema in ihrer Schulzeit nur knapp oder gar nicht behandelt worden war und sie wenig Zugang zu weiterführenden Informationen hatten, die ihnen Auskunft über die NS-Zeit geben konnten. Anders geht es ihren Kindern, die im Rahmen des Schulunterrichts Gedenkstätten besuchen und sich oft intensiver als ihre Eltern mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Die Stadtteilmütter wollten ihren Kindern Antworten geben können und sich mit ihnen über dieses wichtige zeitgeschichtliche Thema austauschen. Für einige Frauen haben der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg zudem eine wichtige Bedeutung für die Beziehung ihres Herkunftslandes zu Deutschland.

Die Seminarreihen umfassten jeweils zehn Termine und eine Wochenendfahrt. Wir besuchten gemeinsam Gedenkstätten, trafen Überlebende und ihre Nachkommen, die

als Verfolgte den Holocaust überlebt haben, setzten uns mit der Täterseite in Filmen und Dokumenten auseinander und versuchten auch die Motivation der MitläuferInnen nachzuvollziehen.

Einen wichtigen Stellenwert hatten zudem im Seminar die individuellen Migrationsgeschichten der Stadtteilmütter. Mit Methoden aus der biografischen Arbeit thematisierten wir die eigenen Geschichten der Migration, der Flucht, der Bürgerkriege in den Herkunftsländern und des Lebens mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.

Dialogische Lernprozesse

In den Seminaren mit den Stadtteilmüttern begibt sich ASF in einen dialogischen Lernprozess, der das Wissen und Bewusstsein über die deutsche Einwanderungsgesellschaft erweitert. Die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und ihr Zugang zu zeitgeschichtlichen Diskursen in der Einwanderungsgesellschaft bereichern unser eigenes Verständnis von historisch-gesellschaftlichen Erinnerungsdebatten.

Wie sollen historisch-politische Lernprozesse in der Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden? Wer wird an dieser Gestaltung beteiligt, wer wird ausgeschlossen? Was ist Gegenstand der Erinnerung und wie wird erinnert?

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft und diese Tatsache sollte sich auch in dem Diskurs über deutsche Geschichte ausdrücken. Zur deutschen Geschichte gehören auch die Geschichten der hierher eingewanderten Menschen.

Unsere Geschichte – ihre Geschichten?

Wollen sich Migrantinnen und Migranten und Migranten mit dem Nationalsozialismus beschäftigen?

Wenn wir von den ASF-Seminaren mit den Stadtteilmüttern berichten, stoßen wir häufig auf große Verwunderung darüber, dass sich Migrantinnen und Migranten auf eigene Initiative hin mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Dabei ist das Interesse an der Auseinandersetzung mit einem systematischen Genozid, der den Glauben an die Menschlichkeit zutiefst erschüttert, nachvollziehbar, unabhängig von der ethnischen Zuordnung zu einer Täter-, Opfer- oder Mitläuferseite. Die Annahme, dass Migrantinnen und Migranten mit der Geschichte des Nationalsozialismus aufgrund ihrer Herkunft nichts zu tun hätten, ist zudem historisch unzutreffend. Die meisten Herkunftsländer, aus denen EinwanderInnen nach Deutschland gekommen sind, hatten sehr konkrete Erfahrungen mit Nazi-Deutschland – weil sie von der Wehrmacht besetzt wurden oder Zufluchtsorte für NS-Verfolgte waren.

Häufig haben wir erlebt, dass der Verblüffung auf der Seite der Herkunftsdeutschen eine Einteilung in unsere und ihre Geschichte zugrunde liegt. Die Stadtteilmütter berichteten uns, dass ihnen immer wieder gesagt wurde, dass sie sich mit dieser schweren deutschen Geschichte nicht beschäftigen müssen. Dieser Rat mag gut gemeint sein, ist in der Wirkung aber belehrend und ausschließend.

Festlegung auf Herkunftsgeschichten

Auf der anderen Seite werden Migrantinnen und Migranten und Migranten immer wieder auf die Geschichte ihres Herkunftslandes festgelegt, vor allem auf die jeweiligen historischen oder aktuellen politischen Konflikte. Dabei wird von ihnen erwartet, dass

Kreuzberger
Stadtteilmütter mit
der Überlebenden
Margot Friedlander.
Foto: Jutta Weduwen



sie sich kritisch zu diesen Konflikten positionieren. Kürzlich berichtete mir eine Neuköllner Lehrerin enttäuscht, dass ihre Schüler türkischer Herkunft sich weigerten, sich mit dem Völkermord an den Armeniern auseinander zu setzen. Die Deutschen würden sich doch auch ihrer Vergangenheit stellen.

Mit einer derartigen Haltung werden Migrantinnen und Migranten einerseits auf ihre ethnische Zugehörigkeit festgelegt, unabhängig davon, in welcher Generation sie hier leben, welche Staatsangehörigkeit sie haben oder mit welcher Geschichte sie sich identifizieren. Gleichzeitig wird auch die Art und Weise, mit der sie sich auf ihre Herkunft beziehen sollen, an der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« gemessen.

Berührungspunkte mit eigenen Gewalterfahrungen

Für manche Frauen bot die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen Anknüpfungspunkt für die Beschäftigung mit dem eigenen Leid und eigenen traumatischen Kriegs- und Gewalterfahrungen. Beeindruckend war für mich, dass es den Frauen oft gelang, diese Gewalterfahrungen zueinander in Beziehung zu setzen, ohne sie gleich zu setzen und zu vereinnahmen. Eine Teilnehmerin, die als Kind vor dem Bürgerkrieg in Eritrea fliehen musste, wurde gefragt, ob ihre Traumata mit dem Holocaust zu vergleichen seien. Sie verneinte und unterschied zwischen dem Krieg in ihrem Herkunftsland und dem systematischen Mord an den Juden während des Nationalsozialismus.

Sicherlich ist diese Fähigkeit zur Differenzierung nicht immer möglich, vor allem da ja das individuell erlebte Leid einer Frau während eines Bürgerkriegs gefühlt vergleichbar sein kann mit einem individuellen Leid innerhalb eines Genozids. Erst wenn man die Ebene der persönlichen Erfahrungen verlässt, ist es leichter möglich, Unterschiede festzustellen – so, wie es die Seminarteilnehmerin aus Eritrea getan hat.

Sehr deutlich wurde, dass viele Frauen Geschichten in sich tragen, die mit Gewalt, Leid, Armut, Ausgrenzung und Verfolgung zusammen hängen – unabhängig davon,

ob dies selbst erlebt, beobachtet oder als Bedrohung gespürt wurde. Deutlich wurde auch, dass diese Geschichten sehr selten gehört werden, dass die Frauen ihre Geschichten viel zu selten erzählen können.

Empathie und politisches Interesse

Obwohl viele Frauen um die Anerkennung ihrer Geschichte ringen, waren sie sehr offen für die Themen des Seminars. Ich habe in ähnlichen Seminaren mit Herkunftsdeutschen selten Teilnehmerinnen erlebt, die mit einer derartigen Neugierde und Empathie gelernt haben. Dies zeigte sich vor allem in Gesprächen mit Holocaustüberlebenden.

Die Frauen brachten einen großen Bildungshunger mit, der sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrückte, sondern sich auf allgemeine menschliche, historische, religiöse, gesellschaftliche und politische Fragen bezog. Eine Teilnehmerin sagte zum Abschluss: »Es war das traurigste Seminar, das ich in meinem Leben besucht habe. Und gleichzeitig hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. Durch das Seminar ist mein Interesse an Politik und Geschichte gewachsen. Ich bin wach geworden, möchte mehr wissen, mehr lesen, mehr erfahren und mehr verstehen.«

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

oder: die Projektionsfläche des Nahostkonfliktes

Häufig werden wir gefragt, ob die Stadtteilmütter nicht zu sehr in antisemitischen Stereotypen verhaftet seien, um sich mit der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden zu beschäftigen. Oder ob nicht insbesondere ihre Ehemänner eine Beschäftigung mit dem Holocaust ablehnen würden. Eine Stadtteilmutter resümiert ihre Erfahrungen mit Mehrheitsdeutschen: »Es ist anstrengend, wenn uns immer wieder pauschal Antisemitismus unterstellt wird. Und selbst wenn uns Frauen noch zugetraut wird, dass wir offen sind, fragt man uns nach unseren Männern. Ob sie denn nicht zu antisemitisch seien, um durchgehen zu lassen, dass wir uns mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Das sind Vorurteile, die mit unserer Realität wenig zu tun haben.«

In der politischen Öffentlichkeit wird zunehmend über einen spezifisch »muslimischen Antisemitismus« gesprochen, meist ohne zu definieren, wer und was damit gemeint ist. So werden häufig türkische, kurdische, arabische, bosnische oder afrikanische Muslime in einen Topf geworfen, ohne die unterschiedlichen Beziehungen zum Judentum bzw. zu Israel zu berücksichtigen.

Nicht immer wird im öffentlichen Diskurs über muslimischen Antisemitismus einbezogen, in welchem Zusammenhang antisemitische Äußerungen zur Situation von Migrantinnen und Migranten in der deutschen Gesellschaft stehen können. Einen derartigen Zusammenhang reflektierte eine Stadtteilmütter während eines Gedenkstättenbesuchs: »Antisemitismus eignete sich in der Schule hervorragend, um unsere Lehrer zu provozieren, wenn wir uns selbst von ihnen nicht ernst genommen fühlten. Dann haben wir einfach gesagt: die Juden waren doch selber schuld!«

Antijüdische Äußerungen und Verhaltensweisen sollen damit nicht legitimiert werden, indem ihre Entstehung und Motivation erklärt werden. Dennoch sind Differenzierungen in der Arbeit gegen Antisemitismus wichtig.

Zwei unserer Seminarreihen fielen in die Zeit des Gaza-Kriegs, der in der deutschen Öffentlichkeit sehr kontrovers verfolgt und diskutiert wurde. Einige Teilnehmerinnen

konnten die Berichte jüdischer Überlebender nicht mit dem Verhalten des israelischen Militärs in Einklang bringen: »Wie können Menschen, die selber so gelitten haben, heute so etwas tun?« Die Bilder von Bombenangriffen auf Gaza-Stadt wurden mit dem Holocaust verglichen. Diese Diskussion war sehr emotional; die sachliche Erörterung, dass eine Gleichsetzung von Gaza-Krieg und der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik historisch unzulässig ist, war durchsetzt von emotionalen Momenten. Deutlich wurde dabei, dass die Argumente und Sichtweisen der Stadtteilmütter sich wenig von den Debatten unterscheiden, die in der (herkunfts-) deutschen Öffentlichkeit zum Nahostkonflikt geführt werden. Die Vergleiche zwischen dem israelischen Militär und den Nazis, die Erschütterung darüber, dass die Opfer der Nazis heute zu vermeintlichen Tätern werden, tauchen in jeder deutschen Debatte auf, die zum Nahostkonflikt geführt wird. Eine Stadtteilmutter kommentierte die Diskussion mit dem Satz: »Man will uns Migranten immer sagen, dass wir Israel nicht kritisieren dürfen!« Die gleiche Aussage kennen wir von Herkunftsdeutschen.

Mir sind im Seminar, an dem überwiegend muslimische Frauen teilgenommen haben, keine antisemitischen Haltungen aufgefallen, die ich als spezifisch muslimisch charakterisieren könnte. Ein muslimischer Antisemitismus würde sich dadurch auszeichnen, dass er seinen Ursprung in der muslimischen Gemeinschaft hat und/oder dass er Elemente aufweist, die sich auf den Islam beziehen. Was ich beobachten konnte, war eine starke Identifizierung mit der palästinensischen Seite, die mit eigenen Ausgrenzungserfahrungen verknüpft wurden und sich auch aus Bildern der deutschen Medien speisten. Diese Identifikation halte ich nicht pauschal für antisemitisch. Schnell können sich aber durch falsche Analogien und Einseitigkeiten antijüdische Stereotype einschleichen bzw. politische Forderungen ergeben, die der Komplexität des Nahost-Konfliktes nicht gerecht werden. Besonders deutlich wurde, dass sich in den Diskussionen der Stadtteilmütter die deutsche Öffentlichkeit widerspiegelte und dass die Frauen ein Bewusstsein dafür hatten, welche Bedeutung der deutsch-israelische und der deutsch-jüdische Diskurs haben.

Schlussfolgerungen für die interkulturelle Praxis historisch-politischer Bildung

Teilhabe an deutscher Gesellschaft durch Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus? Manchmal habe ich mich kritisch gefragt, ob sich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eignet, um Migrantinnen und Migranten aktiv in die deutsche Gesellschaft einzubinden. Die Auseinandersetzung erschütterte die Frauen. Immer wieder haben sie sich die Frage gestellt: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, die diese Gräueltaten hervorgebracht hat?

Dennoch: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kann nicht zur Disposition stehen – weder für Herkunftsdeutsche, noch für Migrantinnen und Migranten. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, diese Geschichte zu kennen, zu reflektieren, sich selbst zu dieser Geschichte in Beziehung zu setzen und zu überlegen, was dieses Wissen für das eigene politische Handeln bedeutet. Jeder sollte verstehen können, wo die Geschichte auch in der Gegenwart noch relevant ist. So werden in Deutschland häufig ethische Debatten etwa um Militäreinsätze, Asylpolitik oder Menschenrechte unter Bezugnahme auf den Nationalsozialismus geführt. Ebenso erschließen sich internationale Beziehungen nicht, wenn die Konflikt-Geschichten ausgeblendet werden.

Die Sorge, dass Migrantinnen und Migranten sich bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht positiv mit Deutschland identifizieren könnten, gilt ja

für Herkunftsdeutsche ebenso. Viele Deutsche sehnen sich nach einer »unbelasteten nationalen Identität«. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass diese erreicht werden könnte, wenn der Nationalsozialismus weniger Thema wäre, wenn »ein Schlussstrich« gezogen würde. Dies würde weder den Opfern und ihren Nachkommen gerecht, noch würde es helfen, die deutsche Gesellschaft zu verstehen, zu der diese Geschichte gehört. Migrantinnen und Migranten fällt es nicht leichter, sich mit Deutschland zu identifizieren, wenn die Geschichte ihnen nicht erzählt wird. Voraussetzung ist vielmehr, dass sie ernst genommen und als Gleichberechtigte akzeptiert werden. Dazu gehört, dass sie sich dialogisch mit der Geschichte und Politik Deutschlands beschäftigen können und am öffentlichen politischen und historischen Diskurs beteiligt werden.

Gestaltung gemeinsamer Erinnerungsprozesse ohne ethnische Zuschreibungen

Interkulturelle Bildungsarbeit richtet sich nicht nur an Migrantinnen und Migranten, sondern an alle Mitglieder der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Im gemeinsamen Austausch und Dialog können Formen entwickelt werden, wie Erinnerung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden kann. Dafür ist Offenheit vonnöten. Offenheit für vielfältige Perspektiven, Deutungen und Geschichten.

Wenn wir über interkulturelle Bildungsarbeit sprechen, geht damit häufig einher, Zugehörigkeiten zu definieren. Menschen werden unterteilt in Herkunftsdeutsche und Zugewanderte, Allochthone und Autochthone, Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund und Deutschstämmige.

In diesem Artikel schildere ich meine persönlichen Erfahrungen mit den Zugängen von Neuköllner und Kreuzberger Migrantinnen und Migranten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei wurde deutlich, dass diese Hintergründe sehr differenziert zu betrachten sind: Manchmal beziehen sie sich auf Erfahrungen im Herkunftsland, manchmal hängen sie mit der spezifischen Situation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zusammen, manchmal spiegeln sie die Diskurse in der deutschen Öffentlichkeit wider.

Wir müssen selbstkritisch im Blick behalten, dass wir mit einer Unterteilung zwischen Migrantinnen und Migranten und Herkunftsdeutschen an einem Status festhalten, den wir überwinden möchten: Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigte Mitglieder der deutschen Gesellschaft werden, ohne sie fortwährend auf ihre kulturelle und ethnische Zugehörigkeit festzulegen oder sie gar zu re-ethnisieren. Wir möchten uns für eine Bildungsarbeit einsetzen, die sich der Vielfalt ihrer Teilnehmerinnen bewusst ist, ohne gesellschaftliche Benachteiligungen, Zuschreibungen und Unterschiede zu negieren, aber auch ohne diese zu zementieren.

Interkulturelle Bildung als politische Bildung

Interkulturelle Bildungsarbeit verweist auf politische Prozesse und sollte sich als politische Bildungsarbeit verstehen. Wir sind an vielen Stellen mit der Marginalisierung und Benachteiligung der teilnehmenden Frauen in Berührung gekommen, denen sie ausgesetzt sind, weil sie einen Migrationshintergrund haben. Dieser drückt sich in Bildungs- und Arbeitsmarktbenachteiligungen, ausgrenzenden Zuschreibungen und einem großen Desinteresse der Mehrheitsgesellschaft aus. Es geht also nicht nur darum, diesen Frauen etwas beizubringen, sondern mit ihnen im Dialog zu sein und sich dafür einzusetzen, dass sie als aktive und gleichberechtigte Bürgerinnen anerkannt werden.

Anerkennung

Anerkennung, treffender gesagt: fehlende Anerkennung, war ein Schlagwort, das sich wie ein roter Faden durch das Seminar zog und an vielen Stellen in den Porträts der Stadtteilmütter auftaucht. Die Frauen ringen um Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft; sie suchen Aufmerksamkeit für ihre eigenen Geschichten, die zu selten gehört werden; sie möchten, dass man ihnen die Auseinandersetzung mit Themen der Ausnahmegesellschaft gleichberechtigt zugesteht und sie kämpfen gegen abwertende und ausgrenzende Klischees, die der Komplexität ihrer Lebensrealität nicht gerecht werden.

Ein Beispiel für diese abwertenden Zuschreibungen lieferte im Oktober 2009 der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin. In einem Interview für Lettre International spricht der Politiker davon, dass siebzig bis neunzig Prozent der türkischen und arabischen Bevölkerung Berlins den deutschen Staat ablehne, sich nicht um die Schulbildung ihrer Kinder kümmere und ständig neue Kopftuchmädchen produziere. Die Äußerungen Sarrazins lösten in der Öffentlichkeit eine polarisierende Debatte aus. Auf der einen Seite gab es heftige Kritik an seinen politisch untragbaren Aussagen, die unter anderem zu einer Teilentmachtung seiner Vorstandstätigkeit bei der Deutschen Bundesbank führten. Auf der anderen Seite gab es aber auch prominente seriöse Stimmen, die ihm für seine Offenheit dankten. Bei mir entstand der Eindruck, dass weder Sarrazin, noch seine Befürworter ausreichend Kontakt zu den Menschen haben, über die sie feste Meinungen vertreten. Es hatte so wenig mit den Migrantinnen und Migranten zu tun, die wir in unseren Seminaren treffen und die auf den ersten Blick den Bildern Sarrazins entsprechen könnten.

Einige Stadtteilmütter tragen Kopftücher, viele haben bislang in Deutschland wenig Zugang zu Bildungseinrichtungen gehabt, einige sprechen schlecht Deutsch, einige sind in Vereinen organisiert, die sich auf ihre kulturelle oder nationale Herkunft oder ihre Religion beziehen. Den Wunsch, sich mit dem Nationalsozialismus intensiv zu beschäftigen, haben wir als sehr aktive und engagierte Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft erlebt. Wir konnten dabei keinerlei Unterschiede feststellen hinsichtlich der Bildungsabschlüsse, der Deutschkenntnisse oder des Umstandes, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht.

Unsere Geschichten – Eure Geschichte? – Neuköllner Stadtteilmütter und ihre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, Broschüre, 72 Seiten, 3,- Euro. Im Internet kann man einen Blick in die Broschüre werfen:

www.asf-ev.de/medien/downloads/asf_broschueren/unsere_geschichten_eure_geschichte

Jutta Weduwen leitet seit 2007 den Projektbereich Interkulturalität der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.